

DIE GRÜNE MAMBA

Zeitung der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste in München
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

DURCH DIE WÜSTE

Ein kulturpolitischer Bericht zwanzig Jahre nach der Abschaffung des Kapitalismus und zwei Jahre nach der letzten Kommunalwahl

Als die Grünen 1984 im Münchner Stadtrat anfangen, wollten sie nicht einfach eine etwas andere Kultur machen. Vielmehr war klar, dass nur die Abschaffung des Kapitalismus eine andere Kultur ermöglichen würde.

Wir waren alternativ und wild: „Schon lange hat Kultur nicht mehr die Bedeutung, nach der sie die gesamte Vielfalt an Formen menschlichen Lebens, Denkens, Spielens, Schaffens, Fühlens – also die Lebensweise der Menschen widerspiegelt, wie Menschen einander begegnen, ihrer Umwelt Form und ihrer Lebenssituation Ausdruck geben. Kulturelle Aktivitäten sind heute im Freizeitbereich angesiedelt. Kultur ist vom alltäglichen Leben und von der Arbeit abgetrennt. Grundlage dieses Kulturverständnisses ist die Arbeits-

weise im kapitalistischen Produktionsprozess, wo aufgrund der durchgesetzten Entfremdung und Zweckrationalität kulturelle Entfaltung nur noch außerhalb des Arbeitsbereiches stattfinden kann... Kultur soll aber erfahrbar sein im Alltag, zum Beispiel am Arbeitsplatz und im Wohnumfeld. Der „Genuß“ der „Citykultur“ erzwingt dagegen lan-

ge Anfahrten und einen dicken Geldbeutel.... Der damit erzeugten Verwahrlosung der Stadtteilkultur stehen Mammutprojekte in Millionenhöhe gegenüber...Gasteig, Münchner Philharmoniker, staatliche Musiktheater...Wir wenden uns gegen den Kulturgenuß einer Elite! Deshalb ist unser vorrangiges Ziel, von der teuren

Ware Kultur hin zu einem elementaren Bestandteil der menschlichen Umwelt zu kommen.“ (Grün-alternatives Wahlprogramm für München 1984)

Kaum zu glauben: Im ersten Kommunalwahlprogramm von 1984 nahm der Kulturteil mit den größten Raum im ganzen Programm ein, nur übrerrundet von Verkehrsplanung und Energiefragen. Kultur war für die Grün/Alternativen keineswegs eine Nebensache, traten sie doch mit einem Programm an, das die kulturellen Axiome in den Grundfesten er-



Mitnichten ein einfacher Gullydeckel, sondern „Kunst im öffentlichen Raum.“ Unter dem Kanaldeckel verborgene Lautsprecher schaffen mit Klangcollagen aus der Münchner Geschichte (etwa die Ankunft Mussolinis im Münchner Hauptbahnhof, Oktoberfestgetöse, Ausschnitte aus der „Carmina Burana“) „ein unsichtbares Mahnmal, das so gar nicht als Kranzabschmissstelle taugt.“ (www.quivid.de). Gibt's z.B. an der Oper, am Hauptbahnhof, Gasteig, Königs- und Rotkreuzplatz.

Was drin ist

Seite

Artikel zur Kulturpolitik	1-11
Wald in Gefahr	12
Zuwanderungsgesetz	13
Armut ist weiblich	14
CityMaut?	15
Nein zum	
Hochhausbegehren.....	16.

schüttern wollte: Schluss mit der Hochkultur für Wenige, mehr Kultur für alle – und, wenn möglich, von allen.

Einmal in den Mühlen der Verwaltung und des Stadtrates angekommen, änderte sich natürlich vieles. Der Gasteig ist nicht mehr aus München wegzudenken, auch wenn diese „Kulturvollzugsanstalt“, wie die Haidhauser Nachrichten den Gasteig mal liebevoll bezeichneten, die Nutzer (Philharmoniker, Bibliotheken, VHS) aufgrund des teuren Leasingmodells jedes Jahr Millionenbeträge kostet – und damit gerade in finanziell knappen Zeiten schwer auf dem Kulturetat lastet.

Versöhnung mit der Hochkultur

Und auch wenn die Philharmoniker 1984 „nur“ 12,5 Millionen DM (!) kosteten und zwanzig Jahre später knapp 16 Millionen Euro und die Kammerspiele 1984 bei 22 Millionen DM (!) lagen und der Zuschuss sich seitdem ziemlich genau verdoppelt hat – die Grünen haben längst akzeptiert, dass diese Institutionen Teil eines kulturellen Tableaus sind, das erhalten werden muss.

Und: Es hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten einiges geändert. Es ist nicht zuletzt der Verdienst unserer früheren KulturpolitikerInnen Gerd Wolter, Sabine Csampai und Helmut Steyrer, dass es gelang, für die dezentrale Stadtteil-

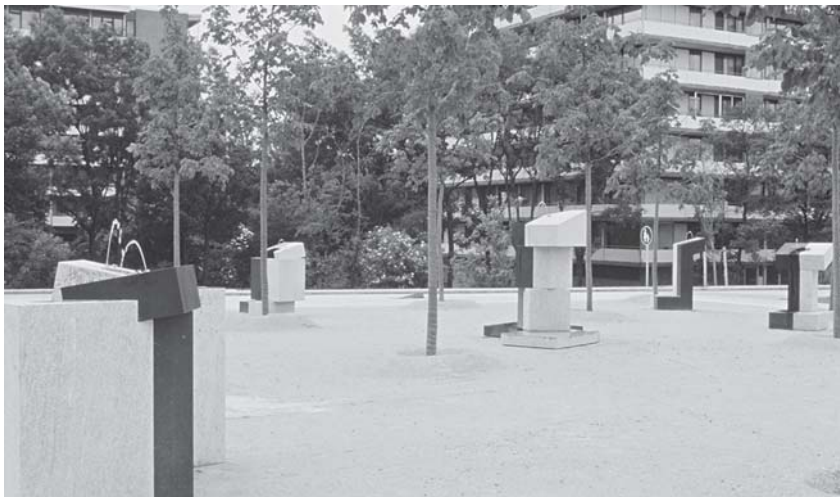
kultur und die kleinen Initiativen dauerhaft deutliche Mittelzuwächse im Haushalt zu verankern.

Nur ein Beispiel: 1984 betrug die Theaterförderung für sämtliche kleinen Privattheater gerade mal eine Million DM – heute sind im Bereich der „sonstigen“, Theater- und Musikpflege 12,6 Millionen Euro eingestellt, davon 1,4 Millionen für die Förderung kleiner Privattheater. Darunter verbirgt sich mit 1,2

Millionen Euro zwar auch das Festival der Biennale, aber es zeigt dennoch, dass auch dieser Bereich deutlich besser ausgestattet ist als in den Zeiten vor den Grünen.

Was die Versöhnung mit den großen kulturellen Einrichtungen leichter macht, ist auch die Tatsache, dass wir dort inzwischen manchmal mehr soziale Analyse und gesellschaftliche Kritik finden als in vielen alternativen Einrichtungen. So thematisieren die Kammerspiele derzeit das Wechselspiel von Zentrum und Peripherie, indem sie den Staat „Bunny Hill“ (Hasenberg) gründen und dort aktuelle stadtpolitische Themen aufgreifen. Die Galerie im Lenbachhaus veranstaltet eine Ausstellung zur Restitutionspolitik¹ und wenn das Oktoberfest tobt, kommentiert das Volkstheater dieses Volksfest mit einer bitter-süßen Aufführung von „Kasimir und Karoline.“

Der Beginn der Amtsperiode 2002 – 2008 war aufgrund der eingebrochenen Gewerbesteuererinnahmen sofort von



Das rhetorische Wäldchen im Petuelpark: „Die schwarzen und weißen Granitteile dieser Rednerpulte aber verdeutlichen die These und Antithese als ursächliche Mittel menschlicher Kommunikation, die Doppelfunktion als Pult und Brunnen darüber hinaus das Sprechen und Trinken als Sinnbilder geistiger und körperlicher Nahrung und somit als ursächliche Faktoren menschlicher Existenz.“ (www.quivid.de)

hartem Konsolidierungsmaßnahmen gekennzeichnet, die auch das Kulturbudget massiv beschnitten. So wurde festgelegt, dass im Konsolidierungszeitraum von 2002 – 2006 insgesamt 18 Millionen Euro aus dem Kulturetat gekürzt werden müssen. Es begann ein langer und teilweise erbitterter Verteilungskampf, mit dem die Grünen, was

¹ Restitutionspolitik = Rückgabe von im 3. Reich geraubten Kunstwerken

die Verteilung der Kürzungslasten anbelangt, nicht unzufrieden sein können.)

Die Kürzungen betreffen in vielen Bereichen die großen Kulturinstitutionen. Im Bereich der dezentralen und alternativen Kultur wurde so behutsam gekürzt, dass unseres Wissens keine Einrichtung deswegen schließen musste. Was nicht bedeutet, dass dort eitel Sonnenschein herrscht. Für viele Initiativen sind schon tausend Euro weniger ein herber Schlag. (Für Einzelheiten in der Halbzeit der Konsolidierung siehe den Artikel: „Wasserstandsmeldungen“, S.4)

Eigenständigen Kurs gehalten

Der kulturpolitische Kurs 2004 führte „durch die Wüste.“ Der Auftrag lautete: Durchkommen und möglichst alle mitnehmen. Niemand bleibt zurück.

Das war nicht immer einfach. Relativ

rasch konnten sich SPD und Grüne aber darauf einigen, dem Vorhaben des Kulturreferates, zur Konsolidierung bis zu zehn Bibliotheken dichtzumachen, nicht zu folgen, sondern lediglich zwei zu schließen und sechs weitere zu drei Mittelpunktsbibliotheken zusammenzulegen. (Zum aktuellen Stand dieses Vorhabens siehe den Artikel zu den Münchner Bibliotheken S.6)

Trotz des Wüstenklimas der Konsolidierung konnten aber dennoch wichtige kulturpolitische Vorhaben auf den Weg gebracht werden: Das Jüdische Museum wird mit Sicherheit eine große Rolle in der Museumslandschaft der Stadt München spielen. Die Sanierung der Kammerspiele ist abgeschlossen, die der Otto-Falckenberg-Schule läuft gerade. Die dritte Tranche der Freien Kunst im öffentlichen Raum (Ortstermine) wird derzeit

Liebe Leserinnen und Leser,

es gehört zum Selbstverständnis vieler Münchner und Münchnerinnen, ihre Stadt für besonders kunst- und kulturliebend zu halten. Wahrscheinlich rührt diese Einstellung noch aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert, als München ein Zeit lang ein Sammelbecken vieler renommierter Künstler gewesen ist. Betrachtungen über den Rang und die Stellung Münchens in der Welt der Künste nehmen meist mit einer gewissen Wehmut auf jene Zeit Bezug, in der auch die „Avantgarde“ in München residierte.

Aber natürlich hat München auch heute noch eine Menge Kunst und Kultur zu bieten. Dieses Erscheinungsbild wird maßgeblich auch durch die staatlichen Einrichtungen wie die drei Pinakotheken und die Oper geprägt. 45 Museen und Sammlungen, zwei Opernhäuser, 58 Theater und sieben Orchester verzeichnet das Kulturreferat und:

„... neben New York weltweit führende Buchverlagsstadt, steht als internationale Film- und Medienstadt bundesweit an erster, weltweit an dritter Stelle, (...) hat bundesweit das dichteste Netz an Stadtbibliotheken und europaweit die größte Volkshochschule.“

In dieser Ausgabe bieten wir deshalb eine Auswahl von Artikeln über Grüne Kulturpolitik. Da die städtischen Kulturbudgets momentan - wie ja fast alles andere auch - von Geldmangel geprägt ist, sind diese Artikel auch der Versuch, Auswege aus kulturpolitischen Zwickmühlen zu beschreiben.

Daneben widmen wir uns auch dem schwierigen Verhältnis von Politik Kunst im Stadtrat. Erstaunlicherweise ist dies ein Feld, auf dem Schwarze und Grüne am ehesten Gemeinsamkeiten und Mehrheiten finden könne - etwa für die Wiederanbringung von Pilotys „Monachia“ im Großen Rathaussaal oder für die Großskulptur „Mae West“ am Effnerplatz.

Eine neue Avantgarde ist das aber noch nicht.

Markus Viellvoye

umgesetzt (wenn auch mit Hängen und Würgen). Die Stadthistorische Ausstellung im Stadtmuseum konnte finanziert werden.

Vielfalt nicht kaputtsparen

Wichtigstes Ziel im Rahmen der Konsolidierung war für Thomas Niederbühl und mich, dass die Vielfalt des kulturellen Lebens in München nicht kaputtgespart wird, sondern die Strukturen erhalten bleiben und, wo möglich, auch in schlechten Zeiten ausgebaut werden. Wir haben immer anerkannt, dass auch die großen Kulturinstitutionen nicht beliebig heruntergespart werden können. (S. den Artikel über die Finanzsituation der Münchner Philharmoniker S.7).

Die Grüne Fraktion hat frühzeitig eingegriffen, als der OB plante, das Deutsche Theater bereits Ende 2003 zu schließen – und der Beschluss hierzu binnen einer Woche gefällt werden sollte. Hier haben wir die Notbremse gezogen und deutlich gemacht, dass wir nicht bereit sind, hundert Jahre Theatergeschichte in einer Woche beenden zu lassen. Nach zähem Weiterschieben ist das Theater erst mal bis 2008 gerettet – und alle hoffen, dass bis dahin ein Investor gefunden ist, der dort einsteigt.

Auch als der OB und die SPD nach jahrelangen Diskussionen und endlosen Gremiensitzungen plötzlich glaubten, das Kunstwerk „Mae West“ am Effnerplatz angesichts der Kosten nicht mehr verantworten zu können, (die Gelder sollten lieber für Hartz IV verwendet werden), gelang es den Grünen in einem schwarz-grünen Bündnis die Großskulptur von Rita McBride für München zu retten.

Kulturtaxe ohne Mehrheit

Beim Projekt der „Stolpersteine“ war sich eine Mehrheit im Rathaus sehr schnell einig, diese Erinnerungssteine im Straßenpflaster abzulehnen. Die Grüne Fraktion war hier gespalten. Durch die Intervention des Stadtvorsitzenden Florian Roth ergab sich jedoch eine Debatte, in der ein Teil der Grünen Fraktion sich für die Stolpersteine aussprach – und sich damit von den anderen Kräften im Rathaus deutlich unterschied.

Die Grünen – Rosa Liste haben als ein-

zige Fraktion essentielle Vorschläge unterbreitet, wie neue Mittel für die Kultur gewonnen werden könnten. Dies war zum einen die „Kulturtaxe“, die angelehnt an eine „Kurtaxe“ von jedem Münchenbesucher 1 – 2 Euro pro Übernachtung verlangt hätte – mit Ermäßigung für Familien und Kinder natürlich. Bei ca. 7 Millionen Übernachtungen pro Jahr keine zu verachtende Summe. Dieser Vorschlag wurde aber von allen anderen Fraktionen entrüftet abgelehnt, weil dann angeblich die Touristen München meiden würden. Der zweite Vorschlag war die Einrichtung eines „Bündnisses für Kultur“, welches die großen Firmen in München an die nette Tradition des Mäzenatentums erinnern sollte. Dieses Bündnis für Kultur ist inzwischen angelaufen. Ziel ist es, dass Firmen in Kunst- und Kulturprojekte – entweder einmalig bei Bau- oder Sanierungskosten oder laufend im Betrieb – mitfinanzieren. Das Echo ist positiv.

Auch das Projekt des NS-Dokumentationszentrums geht – wenn auch langsam – voran. Dass es überhaupt vorangeht, liegt zu einem guten Teil an den Grünen, die stetig schieben und die Beschlüsse vorantreiben.

Die Grünen – Rosa Liste fahren einen festen Kurs durch die Wüste. Es gilt: Die Wüste lebt. Bereits in den letzten zwei Jahren konnten die Grünen trotz aller Einschnitte beachtliche Erfolge beim Erhalt und Ausbau der kulturpolitischen Landschaft erreichen. Damit wird zwar der Kapitalismus nicht abgeschafft, aber wir machen ihn etwas erträglicher ohne ihn zu beschönigen. Das verhindert zwar, wie wir wissen, die Revolution – aber auch den völligen Sieg des Kapitals: Sagen wir: Kulturelle Marktwirtschaft. Kultur in der Großstadt muss die Vielfalt der Kulturen und Subkulturen widerspiegeln. Nicht nur Sozialpolitik ist gesellschaftlicher Kitt, sondern auch und gerade eine gerechte Verteilung der Kulturmittel, denn wer sich im kulturellen Leben nicht mehr beheimatet und vertreten sieht, fühlt sich ausgeschlossen. Bisher konnte das verhindert werden – und wir werden auch zukünftig alles daran setzen das es so bleibt.

Siegfried Benker

WASSERSTANDSMELDUNGEN

Wenn uns das Wasser bis zum Hals steht, nennen wir das den aufrechten Gang

Seit dem Einbruch der Gewerbesteuer 2002 muss auch das Kulturreferat erhebliche Konsolidierungsleistungen erbringen. In den fünf Jahren 2002 – 2006 wurden und werden im Kulturetat ca. 18 Mio Euro eingespart.

Nachdem sich der Stadtrat 2003 auf ein Konsolidierungsprogramm festgelegt hat, welches für die kulturellen Einrichtungen, Kulturveranstalter sowie das Kulturreferat jährliche Einsparungen bedeutet, werden jedes Jahr Leistungen reduziert, ohne dass die Öffentlichkeit noch große Notiz davon nimmt. Dennoch nimmt die Leistungsfähigkeit der Kulturszene kontinuierlich ab. Hier einige ausgewählte Wasserstandsmeldungen mit kurzen Anmerkungen, was die Kürzungen kurz- und langfristig bedeuten:

- Im Jahr 2005 werden aus dem Kulturetat 3.270.400 Euro und 2006 1.531.000 Euro gekürzt. Hierbei ist zu beachten, dass Kostensteigerungen bei Personal, Miete, Sach- und Verwaltungsmitteln in gekürzten Budgets aufgefangen werden müssen.

- Im Jahr 2005 wird der bereits ge-

kürzte Zuschuss in Höhe von 1.100.000 Euro an die **Münchner Symphoniker** völlig eingestellt. Dies bedeutet aber nicht die befürchtete Auflösung des Orchesters, denn die Stadtparkasse München ist mit ihrem Kulturfonds eingestiegen: Die Symphoniker werden hieraus bis auf weiteres 500.000 Euro pro Jahr erhalten.

- Der Zuschuss an die **Staatlichen Musiktheater** wird auch 2005 um 123.000 Euro gekürzt. Diese Kürzungsmaßnahme wurde von der CSU solange heftig kritisiert, bis der Freistaat mit seinen Sparbeschlüssen von 2004 eine ungleich höhere und wirklich dramatische Kürzung für die Musiktheater beschlossen hat.

- **Stadtteilkultur:** Hier werden zwar 52.600 Euro gekürzt, aber gleichzeitig wächst dieser Bereich – entsprechend auch den Vorstellungen der Grünen zu dezentraler Stadtteilkultur – stark an. So konnten 2004 das Pelkenschlössl, das Kulturhaus Hanns-Seidel-Platz sowie der Giesinger Bahnhof eröffnet werden. Absehbar ist die Eröffnung des Kulturzentrums Riem (Riem-Arcaden) sowie die Bürgerzen-

tren Trudering und Milbertshofen.

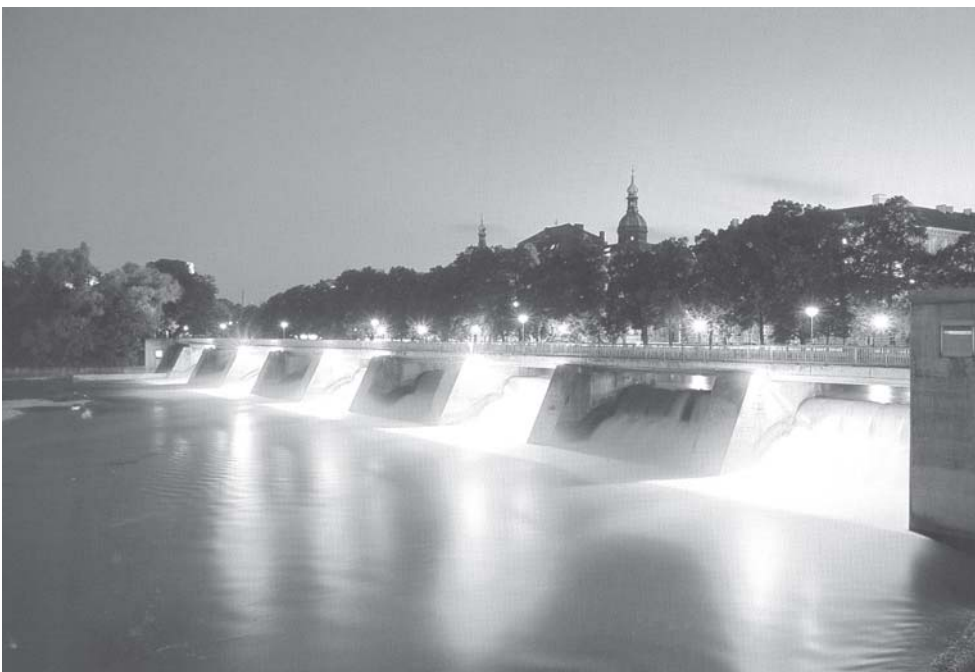
- Die **Münchner Volkshochschule**, die derzeit einen Etat von 11,2 Millionen hat, muss 2005 weitere 383.000 Euro und 2006 nochmals 255.000 Euro einsparen. Damit wird sie in fünf Jahren knapp 2 Millionen Euro eingespart haben. In dieser Zeit wurden die Programme reduziert und die Kursgebühren deutlich erhöht. Für die Volkshochschule stellt sich damit die Frage, wie weit sie noch reduzieren (bzw. Kursgebühren anheben) kann, ohne ihren Volksbildungsauftrag zu gefährden. Die Kürzungen reichen längst in ihren Kernbereich (z. B. Abiturse für Frauen, spezielle Kurse für MigrantInnen) hinein.

- Die **Münchner Kammerspiele** bilden seit dem 1. 1. 2004 gemeinsam mit dem **Theater der Jugend** sowie der **Otto-Falckenberg-Schule** einen Eigenbetrieb, der im Jahr 2004 einen Betriebszuschuss von 34,399 Mio Euro und in 2005 von 31,974 Mio Euro erhält. Die Kammerspiele haben nach den jahrelangen Umbaumaßnahmen erstmals wieder eine komplette Spielzeit und müssen gleichzeitig den Wechsel in der

Intendanz im renovierten Stammhaus „verdauen.“

Die Kammerspiele bieten weiterhin Theater auf hohem Niveau, aber die Kürzungen verursachen einen starken Druck auf die Zahl der Neuinszenierungen.

- Der Stadtrat hat im Rahmen der Kürzungen des städtischen Kulturhaushaltes 2003 beschlossen, zwei **Bibliotheken** zu schließen sowie weitere sechs Bibliotheken zu drei Mittelpunktsbibliotheken zusammenzulegen. Das Bücherbegehren gegen diese Maßnahmen ist mit ca. 80.000 Stimmen zwar knapp am Quorum von 90.000 Stimmen gescheitert, hat aber deutlich ge-



„München im Licht“, eine Installation von Joachim Fleischer zwischen Ludwigsbrücke und Praterinsel.

zeigt, wie wichtig den MünchnerInnen ihre Bibliotheken sind. Derzeit beträgt das Budget der Bibliotheken 28,3 Millionen und es wird 2005 auf 28,9 Millionen steigen – dennoch errechnet sich für 2005 aufgrund steigender Personalkosten ein Defizit von 721.900 Euro. (Siehe hierzu eigenen Artikel)

- Für die **Münchner Philharmoniker** sind für das Jahr 2004 16,1 Millionen Euro Zuschuss vorgesehen, in 2005 sollen es knapp 15,6 Mio sein. Dies bedeutet für die Philharmoniker einen harten Sparkurs. Auch hier sind die Möglichkeiten von Einnahmesteigerung durch Eintrittspreiserhöhungen weitgehend ausgeschöpft. (Siehe auch hierzu den eigenen Artikel)

- Das **Münchner Stadtmuseum** mit einem Zuschuss von ca. 7,6 Mio Euro im Jahr 2004 wird im Jahr 2005 mit einem Zuschuss von 7,36 Mio Euro rechnen können. Im Stadtmuseum machen Personalkosten (4,5 Mio Euro) und Sachkosten die höchsten Fixbeträge aus, so dass Konsolidierungsleistungen i. d. R. nur aus dem laufenden Betrieb zu erwirtschaften sind. Folge: Der Ausstellungsbetrieb wird weiter eingeschränkt. Dies trifft vor allem die Wechselausstellungen, die weniger aufwendig gestaltet und länger gezeigt werden. Die Folge ist natürlich abnehmende Attraktivität. Und so schließt sich ein Teufelskreis: weniger Einnahmen - weniger attraktive Ausstellungen - weniger Besucher usf.

- Die **Galerie am Lenbachhaus** ist über die Grenzen Münchens hinaus berühmt und gehört zu den Attraktionen für kulturinteressierte München-Besucher. Im Jahr 2001 verfügte sie noch über einen Ausstellungsetat von über 900.000 Euro – im Jahr 2005 werden es nur noch 634.000 Euro sein, also eine Kürzung um 30% in vier Jahren. Noch hält sich die Lenbachgalerie durch geschickte Ausstellungsstrategien (zuletzt der Tausch des Blauen Reiters gegen Picasso aus der Sammlung Ludwig/Köln) gut über Wasser. Doch jetzt muss die ehemalige Künstlervilla saniert werden, sie hält im jetzigen Zustand den Besuchermassen nicht mehr stand.

- Das **Volkstheater** wurde im Rahmen der Konsolidierungsbeschlüs-

se auf einen jährlichen Gesamtzuschuss von ca. 4,6 Mio Euro gedeckelt. Sparmaßnahmen haben gegriffen, aber vor allem der Erfolg des jetzigen Intendanten Christian Stückl erlaubt einen vorsichtig optimistischen Blick auf die Zukunft des Volkstheaters.

- Das **Deutsche Theater** steht vor massiven Veränderungen. Die notwendige Generalsanierung wurde verschoben und stattdessen ca. 4,2 Mio Euro für Sofortmaßnahmen bereitgestellt, die einen Theaterbetrieb bis 2008 sicherstellen sollen. Bürgermeister Hep Monatzeder, auch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Theater GmbH und Kommunalreferentin Gabi Friderich wurden beauftragt, in dieser Zeit einen Investor für die Immobilie zu suchen. Im Oktober 2004 legte der Stadtrat die Richtlinien für eine Veräußerung an einen Investor fest: Erhalt des Theaters, Sicherung des abwechslungsreichen Spielplanes mit mindestens sechs hochwertigen Inszenierungen pro Jahr. Ob der Fasching im Deutschen Theater gerettet werden kann, ist unklar und hängt davon ab, ob sich ein Investor findet der ihn weiter betreiben will.

- Die Budgets der großen Einrichtungen bzw. Beteiligungsgesellschaften wie Kammerspiele, Philharmoniker, Volkshochschule, Stadtbibliotheken, Stadtmuseum machen zusammen über 80% des Kulturretats aus. Die restlichen 20 % teilen sich alle kleinen Initiativen, Träger und das Kulturreferat. Auch in diesem Bereich der „kleinen“ Mittelvergaben wird konsolidiert. Hier handelt es sich oftmals nur um Beträge zwischen 1.000 und 5.000 Euro. Aber für kleine Träger sind das oft große Summen. Durch die Kürzungen ergibt sich aber auch, dass eine Ausweitung im Budget für eine Einrichtung auf Kosten anderer Einrichtungen nur noch sehr begrenzt möglich ist. Wichtig ist für uns Grüne natürlich auch, dass die Vielfältigkeit der kleinen dezentralen Einrichtungen erhalten bleibt.

Siegfried Benker

KIM

Die Kultur-Initiative München der Grünen

Im Jahr 1998 haben wir KIM, die Kultur-Initiative München, gegründet. Es ist dies ein Gesprächskreis, in dem wir Grüne uns mit Künstlerinnen und Künstlern sowie Leuten aus der Kulturszene austauschen, Konzepte entwickeln und vorantreiben. Der Theatermann Alexej Sagerer (proT), der Jazz-Saxophonist Klaus Kreuzeder, Petra Perle oder Wolfram Kastner sowie Einrichtungen wie Tanztendenz, Teamtheater Tankstelle, Seidlvilla, Pasinger Fabrik und – last but not least – das Kulturreferat gaben sich hier die Ehre. In KIM sind auch die Leitlinien grüner Kulturpolitik entstanden, wie sie im Kulturteil sowohl des Münchner Kommunalwahlprogramms als auch des bayerischen Landtagswahlprogramm ihren Niederschlag gefunden haben. KIM konnte z.B. auch dazu beitragen, dass sich der vielbeachtete „Kulturkiosk Kanzler“ (Gabelsbergerstr. 55) als Ort für wechselnde Kunstausstellungen und -events als Zwischennutzung in einem Gebäude des Kommunalreferats etablieren konnte. Wir haben Themen behandelt wie Sponsoring, Kunstprojekte in Riem, das „Musikprojekt München“ (Förderung Neuer Musik) oder die Einsparungen im Kulturreferat. Unser letztes Treffen widmete sich der Erinnerungskultur in München und dabei besonders dem Projekt Stolpersteine (von Bürgerinnen und Bürgern als Paten initiierte und von dem Künstler Günther Demnig in den Bürgersteig verlegte Gedenkplatten, die an von den Nazis Ermordete erinnern sollen), das von uns Grünen sehr unterstützt wurde, aber leider am Widerstand von CSU und SPD in München scheiterte. Wer daran interessiert ist, in unserem Kulturarbeitskreis mitzumachen, ist herzlich willkommen und kann sich gerne an uns wenden. (drflorianroth@aol.com, Tel. 2601 9473, swiedenm@aol.com, Tel. 725 2770).

Bille Wiedenmann und Florian Roth

DIE MÜNCHNER STADTBIBLIOTHEKEN

Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Münchner Stadtbibliotheken im Rahmen der Kürzungsbeschlüsse war besonders heftig, denn das Kulturreferat hatte vorgeschlagen, bis zu 10 Stadtteilbüchereien zu schließen. Dagegen liefen die MünchnerInnen zurecht Sturm.

Am Standort jeder Bücherei, die als potentiell Kürzungsoffer geschlossen werden sollte, entwickelte sich massiver Widerstand. Ein Bürgerbegehren unter Leitung des Schriftstellers Ulrich Chaussy begann Unterschriften gegen die Schließung zu sammeln. In langwierigen Gesprächen einigten sich SPD und Grüne/Rosa Liste darauf, zwei Büchereien (Au und Solln) zu schließen und sechs weitere zu drei attraktiven und verkehrlich gut gelegenen Mittelpunktsbibliotheken zusammenzulegen. Dem Bücherbegehren war dies jedoch nicht genug, sie wollten alle Standorte sichern. So kam es zum Bürgerentscheid, den Rot-Grün für sich entscheiden konnte. Doch das knappe Scheitern des Bücherbegehrens zeigte, wie sehr die MünchnerInnen an ihren Büchereien hängen. Grüne und SPD machten klar, dass sie in dieser Amtsperiode keinesfalls weitere Büchereien schließen und das Ziel der Errichtung von Mittelpunktsbibliotheken verfolgen wollten.

Ziel der Konsolidierungen sollte es außerdem sein, die Stadtteilbüchereien so auszustatten, dass sie ein attraktives Angebot an Medien haben. Wie sieht es derzeit mit der Umsetzung dieser Vorhaben aus?

1. Das Erreichen der Konsolidierungsziele. Der Etat der Stadtbibliotheken beträgt in 2004 ca. 28,3 Millionen und wird nach derzeitiger Beschluslage in 2005 auf 28,9 Millionen Euro steigen. Diese Steigerung kommt durch bereits im Vorfeld angenommene Tarifkostensteigerungen zustande. Die Steigerung der Tarifkosten ist aber deutlich höher als im Rahmen der Konsoli-

dierung angenommen. Die Folge: Im Jahre 2005 kommt ein kumulierter Fehlbetrag von 721.900 Euro auf die Bibliotheken zu. Da dieser Fehlbetrag nicht aus dem Budget der Stadtbibliotheken erwirtschaftet werden kann, wurde in den Haushaltsgesprächen vereinbart, diese Probleme dem Stadtrat darzustellen, sobald die exakten Tarifsteigerungen bekannt sind. Dann wird die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten beginnen.

2. Die Mittelpunktsbibliotheken sollten dauerhafte Personaleinsparungen ermöglichen, da aus sechs Standorten drei würden. Wie ist der Stand der Umsetzung?

a. Mittelpunktsbibliothek Giesing. Hier war der Standort Deisenhofener Straße im Gespräch. Im Zusammenhang mit dem Sozialbürgerhaus für den 17. und 18. Stadtbezirk sollte hier die erste Mittelpunktsbibliothek entstehen. Durch die Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich der Investitionskosten wurde das Sozialbürgerhaus jedoch in der Priorität weit nach hinten geschoben. Die Folge: Derzeit sucht das Kommunalreferat nach Möglichkeiten, anstelle des Sozialbürgerhauses Wohnungen auf der Fläche zu bauen – und die Mittelpunktsbibliothek in diesen Rahmen einzubetten. Außerdem sucht das Kommunalreferat nach Mietobjekten um die Mittelpunktsbibliothek in einem angemieteten Gebäude einzuquartieren. Die Mittel für die Mittelpunktsbibliothek Giesing sind zwar im MIP ab 2006 eingesetzt, aber niemand rechnet derzeit mit einer Umsetzung bereits zu diesem Zeitpunkt.

b. Die Mittelpunktsbibliothek Neuhausen im Neuhauser Trafo könnte nach bisherigen Überlegungen 2006 in die Realisierungsphase treten. Dafür müssten die vorgesehenen Baumaßnahmen auf dem Gelände des Neuhauser Trafos aber getrennt vorangetrieben werden. Diese Trennung des Bauplanes lehnt der Bezirksaus-

schuss aber ab, da er befürchtet, dass die weiteren Maßnahmen dann gar nicht mehr oder sehr viel später realisiert werden würden. Wird der Bauplan aber nicht getrennt, könnte mit dem Bau der Mittelpunktsbibliothek erst ca. 2009 begonnen werden.

c. Die Mittelpunktsbibliothek Nordheide hat sich wegen der unterschiedlichen Nutzerinteressen ebenfalls verzögert, die auf dem Gelände unter einen Hut gebracht werden mussten. Nach den derzeitigen Planungen wird damit gerechnet, dass der Projektauftrag 2006 vergeben werden und 2008 Baubeginn sein kann. Fertigstellung soll 2010 sein.

Die Mittelpunktsbibliotheken werden also nur mittelfristig eine Entlastung für den Personalhaushalt der Stadtbibliotheken bringen. Ebenfalls mittelfristig planen die Bibliotheken die Einführung einer rein computergestützten Buchausleihe: Die Bücher werden ausnahmslos mit RFID-Chips versehen, so dass jeder BenutzerIn die Bücher selbst aus- und einchecken kann, indem er sie über die entsprechende Registratur laufen läßt. Selbstverständlich ist noch genügend Personal für Beratung in den Büchereien. Aber diese Maßnahme wird zunächst 4,5 Millionen Investitionskosten erfordern, bevor im Lauf der Jahre der Einspareffekt auf den Personalhaushalt auswirkt.

Für Rot-Grün bedeutet dies, dass die Schere zwischen den Kostensteigerungen in den Büchereien auf der einen Seite und dem Versprechen, keine weitere Bibliothek zu schließen, durch entsprechende Mittelbereitstellungen aufgefangen werden muß. Aber woher nehmen? Eine Antwort darauf kann erst in politischen Auseinandersetzungen gefunden werden.

Siegfried Benker

DIE MÜNCHNER PHILHARMONIKER

Mit den Philharmonikern leistet sich die Stadt München ein Orchester von internationalem Rang. In Zeiten der Kürzungsdebatten ist heftig diskutiert worden, ob dies noch finanzierbar ist.

Für 2005 sind Zuschüsse in Höhe von 15,6 Mio Euro vorgesehen. Dies bedeutet, dass – je nach Rechnungsart – zwischen zehn und dreizehn Prozent des Kulturretats für das Orchester ausgegeben werden. Rot-Grün hat sich aber dafür entschieden, das Niveau der Philharmoniker zu erhalten, da sie ein weit über die deutschen Grenzen hinaus wirkendes Aushängeschild für München sind. An einem Orchester sind Einsparungen auch nur begrenzt möglich, da ansonsten der Klangkörper genauso leidet wie die Möglichkeit, bestimmte Stücke aufzuführen.

Dennoch müssen auch die „Philies“ harte Konsolidierungsleistungen erbringen. So wurde die Zahl der Orchestermitglieder von 127 auf 120 zurückgefahren und eine Reihe von Leistungen eingeschränkt bzw. eingestellt. Dem neuen Generalmusikdirektor Christian Thielemann ist vertraglich eine Mindestgröße von 120 Planstellen zugesagt worden, „Andernfalls kann er von einem Sonderkündigungsrecht Gebrauch machen. Das möchte natürlich niemand, so dass der Etat 2005 um 362.000 Euro erhöht wurde, um die Sollstärke von 120 zu sichern. Die Erhöhung für 2005 sichert jedoch die Per-

sonalstärke nur ohne die anstehenden Tarifsteigerungen, so dass sich bereits für 2005 weitere 176.000 Euro (Orchesteranteil) bislang ungedeckte Personalkostensteigerungen ergeben.

Obwohl bereits zur Konzertsaison 2003/2004 die Eintrittspreise um 10% Prozent erhöht wurden, sollen diese Kostensteigerungen durch weitere Eintrittspreiserhöhungen aufgefangen werden. Allerdings hat schon die letzte Erhöhung zu einer Kündigung von knapp 7% der Abonnements geführt. Bei den Einzelkarten war ein Rückgang um 22% (!) festzustellen. Die Preiserhöhung 2005 soll ca. 275.000 Euro einbringen, aber diesmal könnten die Einbußen aufgrund des Wegbleibens der ZuhörerInnen größer sein als die höheren Einnahmen. Jetzt hoffen natürlich alle, dass der neue Generalmusikdirektor mehr Besucher anlockt.

Wie eng es auch für die Philharmoniker geworden ist, zeigt, dass sie jetzt schon ein Benefizkonzert für sich selbst veranstalten. Das jährliche Benefizkonzert, das sonst sozialen oder kulturellen Einrichtungen zugute kommt, wird diesmal am 4. Juni 2005 für die Philharmoniker selbst veranstaltet. Thielemann verzichtet auf seine Gage und die Einnahmen kommen dem Personalbudget der Philharmoniker selbst zugute.

Die Grünen/Rosa Liste haben vor kurzem einen eigenen Vorstoß unternommen. Nachdem die Kammerspiele ein Eigenbetrieb wurden und Volkstheater, Deutsches Theater und Volkshochschule in GmbHs umgewandelt worden

sind, soll jetzt untersucht werden, ob vielleicht eine Rechtsformänderung helfen könnte, einen Teil der Konsolidierung leichter zu erwirtschaften.

Siegfried Benker



Neuer Chef der Philharmoniker: Christian Thielemann

WIE WEITER MIT DEM TRANSPRAPID?

Freunde und Gegner der Magnetschwebebahn warten im Moment gespannt auf den Beginn des für den Herbst angekündigten Planfeststellungsverfahrens, das konkretere Informationen über die Planungen erbringen wird – und damit auch über die Möglichkeiten, sich juristisch gegen das Projekt zu wehren.

Im Juli hat sich ein breites, überparteiliches „Aktionsbündnis gegen den Transrapid“ gegründet, ihm gehören neben zahlreichen Initiativen und Verbänden auch etliche Gliederungen der Grünen an – u.a. der Münchner Kreisverband und die Stadtratsfraktion. Erste große gemeinsame Aktion des Bündnisses ist die Vorbereitung auf das Planfeststellungsverfahren, in dem es darauf ankommen wird, möglichst rasch nach Veröffentlichung viele Einwendungen zu erheben. Wie bei solchen Projekten üblich wird den Bürgerinnen und Bürgern dies der Einfachheit halber per Unterschrift unter eine Sammeleinwendung angeboten werden.

Die von der Bundesregierung für den Transrapid vorgesehenen 550.000 € sind mit einem Sperrvermerk versehen worden und stehen nur bei Vorlage eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes zur Verfügung. Das im Februar 2002 vorgelegt Finanzierungskonzept von Otto Wiesheu weist jedoch klaffende Löcher auf und ist mit einem Kostenansatz von 1,6 Mrd. € ohnehin von der allgemeinen Kostenentwicklung überholt.

Auch der Wirtschaftsminister selbst hat wohl kein Vertrauen mehr in seinen Kostenplan: „Die bisher bekannten Zahlen stammen ausschließlich vom Bund“ - so bereitet man die Öffentlichkeit langsam auf den nächsten Kostenschok vor. Konkretere Zahlen zur Finanzierung will der Wirtschaftsminister aber erst nach der Planfeststellung vorlegen - unter 2 Mrd. Euro wird der Transrapid wohl nicht zu haben sein.

Markus Viellvoye

KUNST IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Schon in der ersten Legislaturperiode der jungen Bundesrepublik, im Januar 1950,

beschloss der Bundestag, bei allen Bauaufträgen des Bundes 1 Prozent der Baukosten für Kunstwerke zu reservieren (später wurde der Betrag auf 2 Prozent erhöht).

In diesem Beschluss ist nicht nur der Wunsch erkennbar, die noch schwer vom Krieg gezeichneten deutschen Städte mit neuem Leben zu erfüllen und Nachfrage für Kunstwerke zu schaffen, sondern er spiegelt auch ein grundsätzliches Bekenntnis zur öffentlichen Förderung der Kunst – und damit zu deren gesellschaftlichem Stellenwert auch in sozial und wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Diese Regelung wurde in der Folgezeit von vielen Bundesländern und Kom-

schusses an (für die Grünen – rosa liste: Thomas Niederbühl) sowie ein freischaffender und der jeweils planende Architekt. Die Politik ist also in den Minderheit, die Geschäftsführung liegt beim Baureferat, das für die meisten städtischen Bauvorhaben verantwortlich ist.

Nur wenn zwischen den vom Stadtrat delegierten Mitgliedern und der Kommissionsmehrheit Dissens besteht, wird der Stadtrat noch einmal befasst. Die „Kunst am Bau“ wurde 2001 auf den weniger schwerfälligen Namen „Quivid“ getauft und gab in den vergangenen Jahren jeweils etwa 1,3 – 1,4 Millionen Euro für Kunstprojekte aus. Jeder neue Kindergarten, jede neue Schule, jeder Behördenneubau, jeder neue U-Bahnhof, aber auch Bauprojekte wie die Tunnel am Mittleren Ring etc.

elpark und „Mae West“, eine Skulptur, die am Effnerplatz entstehen wird.

Mit Mae West musste sich der Stadtrat im Gegensatz zu anderen Kunstwerken befassen, da am Effnerplatz ein Bauleitplanverfahren notwendig wurde.

Diese Gelegenheit benutzte der OB, um seine Auffassung von der Minderwertigkeit dieser Großskulptur zur Geltung zu bringen. Er unterlag aber gemeinsam mit der SPD einer punktuellen schwarz-grünen Koalition.

2001 kam in München auf Vorschlag des damaligen Kulturreferenten Nida-Rümelin die Förderung der „freien Kunst im öffentlichen Raum“ hinzu. Damit wurde die Kunst von der Bindung an bestimmte Bauprojekte gelöst, die Hälfte der Gelder (also 1 %) sollte dafür zur Verfügung stehen (s. gegenüber liegende Seite).

Die „freie Kunst im öffentlichen Raum“ befindet sich allerdings noch in der Erprobungsphase. Anders als bei der „Kunst am Bau“ müssen die von der zuständigen „Kommission für freie Kunst im öffentlichen Raum“ (nicht identisch mit der „Kommission für Kunst am Bau und im öffentlichen Raum“ – aus unerfindlichen Gründen sperrt sich das Kulturreferat gegen eine Umbenennung, die die ständigen Verwechslungen beenden würde) vorgeschlagenen Projekte im Stadtrat abgesegnet werden. Da es in der Startphase Probleme gab (sie fiel zusammen mit der schwierigen Startphase einer neuen Kulturreferentin) konnten Gelder nicht rechtzeitig für den vorgesehenen Zweck ausgegeben werden. Der Stadtrat entschied schließlich, einen Teil der für das Jahr 2003 vorgesehenen Gelder nicht freizugeben.“ (S. S. 9-11).

Markus Viellvoys

(Eine Übersicht über die Projekte der „Kunst am Bau und im öffentlichen Raum und noch mehr Infos sind unter <http://www.quivid.de> zu finden.)



So soll „Mae West“ einmal den Effnerplatz überragen

munen übernommen, auch die Stadt München stellt bis zu 2 % öffentlicher Bausummen für Kunst zur Verfügung. Zunächst entschied der Stadtrat noch selbst über die Anschaffung von Kunstwerken, ab dem Jahr 1985 wurde diese Kompetenz in die „Kommission für Kunst am Bau“ verlagert. Dieses Gremium, dessen Mitglieder jeweils für drei Jahre vom Stadtrat berufen werden, ist mehrheitlich mit Kunstfachleuten besetzt. Außerdem gehören ihm 5 Mitglieder des städtischen Kulturaus-

ziehen Wettbewerbe und Aufträge (bzw. zunächst) für Künstlerinnen und Künstler nach sich.

Nach dem Selbstverständnis der Kommission will sie die Möglichkeit nutzen, mit öffentlichen Geldern „als eine Art Marktkorrektiv“ zu fungieren, um auch den Positionen der Kunst Präsenz zu verschaffen, die sonst unter den „durchaus gnadenlosen Gesetzen des Kunstmarktes“ ignoriert werden würden. Zu den bekannteren Projekten zählen z.B. die Kunstwerke im neuen Petu-

DIE FINANZKRISE ERREICHT DEN ELFENBEINTURM

Moderne Kunst darf nicht in die Mühlen der Alltagspolitik geraten

In seinem Roman „Gelächter von außen“ beschreibt Oskar Maria Graf, wie die Münchner auf die ersten Kunstwerke des Expressionismus reagierten: „Da hatten einmal zwei Maler in der Türkenstraße einen leeren Laden gemietet. Sie fing an zu malen und kümmerten sich um sonst nichts. Leute, die an dem Laden vorüberkamen, blieben neugierig stehen und fixierten, was da gemalt wurde. Mehr und immer mehr Leute sammelten sich an. Gelacht, gespottet und geschimpft wurde. „Ha, jetzt do schaut’s...A blau’s Roß macht der, a blau’s Roß“ rief einer hämisch....Der muß ja faktisch farbenblind sein, der Aff’ der saudumme“. Als zwei Schutzleute kamen, war es schon ein regelrechter Volksauflauf. Da der Volksauflauf sich nicht auflösen wollte, mußten in der nächsten Zeit zwei Schutzleute vor dem Laden patrouillieren. Als Dienstmänner schließlich einige Zeit später die fertigen Bilder unverdeckt zur Kunsthandlung Littauer am Odeonsplatz trugen, kam es zum Volksaufstand: „Was bis dahin unvorstellbar war, ereignete sich. Tausende empörter Münchner, schreiend, schimpfend, drohend, zogen mit den Dienstmännern von der Türkenstraße zum Odeonsplatz, und ein großes Aufgebot von Polizisten, darunter sogar berittene, hatte alle Mühe, einen Ausbruch der Volkswut zu verhindern.“

Heute hängen die Bilder von Franz Marc und Wassily Kandinsky im Lenbachhaus und gehören zu den besonderen Schätzen des Münchner Kulturgutes.

Heute kommt es zu keinen Volksaufläufen mehr, wenn moderne Kunst durch die Straßen getragen wird. Wer im Internet die Suchbegriffe Moderne Kunst München eingibt, bekommt prompt über 200.000 Treffer. Die Pinakothek der Moderne ist ein Publikumserfolg, daneben wird in einigen Jahren die Sammlung Brandhorst Ausstellungsräume finden und jede Menge Ateliers und Kunstlabors zeigen und produzieren Gegenwartskunst.

Und dennoch: Man wird den Verdacht nicht los, dass Sparbeschlüsse auch als Vehikel benutzt werden, um gerade die Gegenwartskunst zurückzudrängen. Musterbeispiel ist die Freie Kunst im öffentlichen Raum. Im Jahr 2001 hat der damalige Kulturreferent Dr. Nida-Rümelin – unter tätiger Mithilfe der SPD und der Grünen - sein Konzept durchgesetzt um Mittel für die Freie Kunst im öffentlichen Raum zu sichern. Bis dahin wurden Mittel für Kunst im öffentlichen Raum aus den Mitteln für Kunst am Bau gesichert, waren aber damit an ein einzelnes Bauwerk gebunden. Mit der Folge, dass überall, auch wenn es nicht recht passen wollte, ein Kunstwerk vor dem Eingang aufgestellt wurde. Um eine Bespielung des öffentlichen Raumes zu erreichen sollten nunmehr nicht nur die Mittel von 1% der Bausumme für Kunst am Bau Verwendung finden, sondern zusätzlich ein weiteres Prozent freiwillig für Kunstprojekte im öffentlichen Raum. Es entstand ein Pool, der diese von Bauprojekten unabhängige Kunst finanzieren sollte.

Hämische Kritik vom OB

Nach langwierigen konzeptionellen Schwierigkeiten wurde endlich unter der Nachfolgerin von Dr. Nida – Rümelin, der jetzigen Kulturreferentin Prof. Dr. Lydia Hartl eine Kommission ins Leben gerufen, die entsprechende Projekte auswählen und dem Stadtrat vorschlagen sollte. In drei Tranchen sollten jeweils ca. 7 Projekte verwirklicht werden. Doch die Verwirklichung stand unter keinem guten Stern. Während die erste Tranche noch beschlossen und umgesetzt wurde, wurde die zweite in Gänze gestrichen und die Dritte reduziert. Wie es mit der Kunst im öffentlichen Raum weitergehen wird, wird sich zeigen, wenn die drei Tranchen ausgewertet werden.

Dass die Finanzkrise die Freie Kunst im öffentlichen Raum erreicht, ist nicht verwunderlich. Interessant ist allerdings, welche Begleittöne sich einstellten. Hämisch und süffisant fiel der Oberbürgermeister über einzelne

Kunstwerke her. Das war neu! Es spricht nichts dagegen, dass der OB – oder wer auch immer – einzelne Kunstwerke ablehnt oder befürwortet. Aber es läßt aufhorchen, wenn ein einzelnes Kunstwerk als nicht vermittelbar und reine Geldverschwendung der Öffentlichkeit dargeboten wird.

Das Wechselspiel von Kunstkommissionen und Politik soll genau das verhindern: Dass ein Künstler und ein Kunstwerk in politische Mühlen gerät. Vielleicht hatte der Stadtrat als er dies beschloss, noch die grellen Debatten um den Ankauf von Beuys „Zeige deine Wunde“ im Jahr 1980 im Ohr. Grundlage der Kunstbegutachtung sind die ExpertInnen verschiedenster Herkunft, die unabhängig von Tagesgeschäft und finanziellen Zwängen den künstlerischen Wert eines Kunstwerkes begutachten sollen.

Politiker sind keine Kunstrichter

Glaukt jemand, der Stadtrat hätte 1913 den Blauen Reiter gekauft? Oder sollte man dem Stadtrat überlassen, welche modernen Opern auf der nächsten Biennale zur Aufführung kommen sollen? Sollte der Stadtrat mal diskutieren, ob die Aufführungen der Kammerstücke bitte etwas volksnäher daher kommen sollten? Soll der Stadtrat mit Thielemann mal ein ernstes Wort reden, dass sowieso nur ein kleiner Teil der Münchner die zehnte Symphonie von Henze überhaupt zu schätzen weiß und dass alle viel lieber was Eingängiges von Mozart hören möchten?

Nicht, dass im Stadtrat kein Kunstverständnis und keine Sachkenntnis vorhanden wären. Aber die freie Entwicklung von Kunst und Kunstwerken wäre gefährdet. Nicht mehr das Kunstwerk wäre im Mittelpunkt, sondern den Künstler würde die Frage umtreiben: Wie vermittele ich das welchen Mehrheitsverhältnissen im Rathaus? Wie in den Zeiten Molières, der in Ungnade fiel, als der französische König bei einer seiner Aufführungen einschlieft. Politik darf nicht der Kunstrichter sein.

Bisher ist der Stadtrat mit der Trennung von Kunstsachverstand und fiskalischer Entscheidung gut gefahren. Nur so wird ein Rahmen gesteckt, der Kunst ermöglicht. Wenn der Stadtrat oder der OB anfangen, einzelne Kunstwerke herauszugreifen und durch die Stadt zu jagen, hört man eher den „gesunden Menschenverstand“ sprechen, der bestimmte Kunst nicht will. Und man wird den Verdacht nicht los, dass das alles mit einem schielenden Blick auf die beharrlichen Kräfte in München geschieht, die so komische moderne Kunstwerke eh nicht brauchen.

Hellhörig musste man spätestens werden, als nach jahrelangen Debatten und Vordiskussionen SPD und OB das Kunstwerk „Mae West“ der Künstlerin Rita Mc Bride ablehnten. Und zwar mit Verweis auf die finanziellen Auswirkungen von Hartz IV. Dass die Gelder durch die Mittel von „Kunst am Bau“ – in diesem Fall der Richard-Strauss Tunnel – gesichert waren und auch zweckgebunden, spielte hier keine Rolle. Unschöne Worte fand der OB und sprach

von einem großen Papierkorb.

Da keimt er wieder auf, der Verdacht, dass man auf ein Kunstwerk einschlägt, aber eigentlich auf etwas anderes zielt. Hört her, Ihr Opfer von Hartz IV, die SPD und der OB verteidigen Euch, aber Grüne (und CSU) wollen das Geld für sinnlose Kunst ausgeben. Die Briefe, die ich bekommen habe sprechen eine deutliche Sprache: Der OB hat sein Publikum erreicht.

Aber damit wäre Kunst am Ende. Wenn sie ausgespielt wird gegen Soziales, hat sie keine Chance mehr. Es gibt immer Belange, wo sich viele einig sind, dass sie vordringlich finanziert werden müssen. Wer will noch Opern, wenn es in München noch Armut gibt? Das Argument, direkt gebracht, ist entwaffnend.

Aber: München braucht die Kulturelle Grundversorgung wie die soziale Grundversorgung. Eine Forsa-Umfrage von 2003 hat ergeben: 37 % der Münchner halten die Kultureinrichtungen in München für einen herausragenden Standort- und Wohlfühlfaktor. Mün-

chen braucht ein funktionierendes kulturelles Leben. Und die Menschen wollen auch eine lebendige Kulturlandschaft, die nicht nur Vergangenes in den Museen zeigt, sondern die aktuellen Kunstdiskurse transportiert. Niemand kann und will daran vorbei: München ist eine Kulturmetropole und soll es auch bleiben. Und dann ist es nicht gut, wenn Soziales und Kulturelles gegeneinander ausgespielt werden.

Und dann ist es erst recht nicht gut, wenn der Stadtrat Kunstdebatten an sich zieht, denn dann wird die Kulturstadt insgesamt darunter leiden. Es spricht nichts dagegen, konzeptionell zu kürzen, wenn das Geld knapp ist – die Finanzkrise hat längst auch den Elfenbeinturm erreicht. Aber ohne einzelne Kunstwerke und Künstler herauszugreifen, sondern indem lange über Bereiche gesprochen wird, aber nicht über einzelne Werke.

Siegfried Benker

BASTIONEN GEGEN DUMPFEN WAHNSINN

Wie Politik und Kunst aneinander leiden

Seit 1985 herrscht im Stadtrat selbstverordnete Enthaltensamkeit in Fragen der Kunst. Nach einigen allgemein als „dumpf“ oder „peinlich“ empfundenen Äußerungen von Stadträten über Werke moderner Kunst entschloss man sich, die Entscheidungen in Fachkommissionen auszulagern.

Wie gut, dass ich kein Stadtrat bin: Ein Urteil – möglicherweise noch ein ablehnendes – über Werke moderner Kunst, finanziert aus Steuergeldern und von künstlerischen Autoritäten empfohlen, könnte ich mir dann nicht mehr erlauben. Denn im Stadtrat besteht fraktionsübergreifend der Konsens, dass die Beurteilung von Kunstwerken – im Rahmen eines vorgegebenen Budgets - fachkundigen Kunsteperten überlassen wird.

Damit ist sichergestellt, dass ein Stadtrat sich nicht mehr so leicht blamieren

kann. Der Stadtrat schweigt und muss zur Belohnung nicht mehr mit dem Vorwurf rechnen, ein ungebildeter und rückständiger Banause zu sein.

Den Stadtrat, der nicht schweigt, wird dieser Vorwurf ganz gewiss ereilen. Darüber hinaus sollte er sich auf die Anklage einstellen, aus politischer Willkür die künstlerische Autonomie beschneiden oder gar die Freiheit der Kunst völlig vernichten zu wollen – da landet der Stadtrat (bzw. in einem nicht lange zurückliegenden Fall der Oberbürgermeister) schon mal in einem Topf mit Jörg Haider und ähnlich unappetitlichen Gesellen.

Gehsteigfragmente

Gut also, dass ich kein Stadtrat bin, so kann ich mir ein unbefangenes Urteil erlauben und ich darf es sogar laut sagen.

Da ist zum Beispiel das Projekt „Positionswechsel zweier Gehsteigfragmente“,

dessen Ablehnung durch den Stadtrat in München den oben beschriebenen Wirbel verursacht hat: Der Austausch zweier Gehsteigfragmente in einer Stadt, in der ständig irgendwelche Baustellen – gerne auch auf Gehsteigen - zum Hindernislauf zwingen, ist sowohl im Ergebnis als auch im Prozess eine Banalität. Und warum, bitte schön, soll die Anwesenheit eines Archäologen daran etwas ändern (außer die Kosten in die Höhe zu treiben)? Bei diesem Urteil muss ich auch keine Rücksicht darauf nehmen, ob der Künstler Santiago Sierra „ein Star der internationalen Szene“ ist, wie die Empörungsaufsätze in den Feuilletons gebührend herausstellten und mit der „Provinzialität“ der Kunstverhinderer im Stadtrat kontrastierten.

Als einfacher Betrachter der Kunst und der Politik darf ich auch den künstlerischen Wert eines Projekts wie ECC (European Correction Center) bezweifeln. Mit einer Container-Installation am

Sendlinger Tor hinterfragten die Künstler im vergangenen Frühjahr „die Funktion des Gefängnisses als extreme Form des gesellschaftlichen Ausschlusses im urbanen Gefüge.“ Hintergrund ist die Privatisierung von Haftanstalten in den USA und in Großbritannien, die auch hier immer mal wieder durch die Medien geistert und von den Künstlern provozierend als Tatsache auch hierzulande dargestellt wurde. Während der Sinn dieses Projekts sich auf der politischen Ebene sofort erschließt, bleibt sein Charakter als Kunstwerk doch recht fragwürdig – es sei denn man erkennt einer schlichten politischen Provokation künstlerischen Rang zu.

Die Wagenburg

Die Bereitschaft, Kritik von außen zu akzeptieren und sich mit ihr auseinander zu setzen, ist in der Welt der modernen Kunst nur schwach ausgeprägt – gelinde gesagt. Bisweilen drängt sich der Eindruck auf, dass man einer Wagenburg gegenübersteht.

„Die Akademie ist die letzte Bastion in der noch ein Geheimnis bewahrt wird, nämlich das kulturelle Gedächtnis“ beschreibt der scheidende Rektor der Münchner Kunstakademie Ben Willkens seine Auffassung von der Aufgabe seines Instituts. Eine Festung also, die einen Schatz gegen die Einflüsse von außen verteidigt - ist das die Funktion der Kunstakademie?

Es versteht sich, dass eine solche Abschottungshaltung mit dem Verlust sozialer Relevanz bezahlt werden muss. Es mutet fast komisch an, wenn Willkens Nachfolger Nikolaus Gerhart sich im gleichen Interview darüber wundert, dass die „unselige Münchner Hochhausdebatte völlig an der Akademie vorbei“ laufe und statt dessen ein ehemaliger Bürgermeister bestimme, „ob etwas zu hoch ist oder nicht.“

Klar - wenn Budgets und Zuschüsse gekürzt werden, ist niemand erfreut und alle Betroffenen wehren sich so gut sie können. Aber in der Kunstwelt scheint man es oft per se als Anschlag auf die künstlerische Freiheit zu empfinden, dass Politiker darüber zu entscheiden haben, wie viel Geld für Kunst zur Verfügung steht. Da ist schnell von „Zensur“ die Rede – oder von noch Schlimmerem: „Wer die Existenz dieser seltenen Chöre gefährdet, ist nach meiner

Meinung ein gemeiner Verbrecher, weil er einen kostbaren Organismus tötet“, kommentiert der weltberühmte Komponist Karl-Heinz Stockhausen die Pläne zur Zusammenlegung einiger Rundfunkchöre.

„Die befreiende Verrücktheit der Künstler gegen den dumpfen Wahnsinn der Machthaber, Staatsagenten und Verwaltungen“ – erklärt Theatermacher Alexej Sagerer seinen Rückzug aus der Kommission für Freie Kunst im Öffentlichen Raum anlässlich der Verweigerung städtischer Gelder für einige Projekte (darunter die „Gesteigfragmente“); und: „Es läuft ab wie immer: Statt die Souveränität der Künstler zu stärken, gehen die Gelder an Institutionen. Da sind die Künstler genügend kontrolliert und der Stadtrat muss nicht nachträglich peinliche Zensurmaßnahmen treffen.“

Höchststrafe: Nichtbeachtung.

Ja, das ist ein Dilemma – denn wer anders soll über die Höhe und Verteilung öffentlicher Budgets befinden als „Machthaber, Staatsagenten und Verwaltungen“, die zu diesem Zweck gewählt und alimentiert werden? Die Verlagerung in Kommissionen ist im Grunde der Versuch, sich in die eigene Tasche zu lügen, denn am Ende hat der Stadtrat ja doch ein Vetorecht – und das ist gut so. Beratung und Diskussion mit Fachleuten und Besonnenheit im Urteil ist für Stadträte selbstverständlich wichtig – in der Kulturpolitik noch einmal etwas wichtiger als in anderen Ressorts. Aber die „Souveränität der Künstler“ hat, weil Künstler auch nur Menschen sind, eben auch Schattenseiten. Und Spezlwirtschaft gibt es nicht nur in der Politik. Dem blauen Reiter hat die anfängliche Ablehnung durch die breite Öffentlichkeit nicht geschadet. Heute findet man die Werke seiner Künstler in jedem zweiten Wartezimmer. Die Künstler der Gegenwart tun sich viel schwerer damit, einen Skandal zu provozieren oder wenigstens Anstoß zu erregen – denn verbindliche ästhetische Maßstäbe,



Nachbildung einer Marienstatue aus dem 15. Jahrhundert im Petuelpark. „Soll der Passant jetzt anhalten, niederknien und beten? Ein absurd erscheinender Akt der intimen Privatheit unter den Augen der großstädtischen Öffentlichkeit? Oder eben ein vielleicht auch ironischer Verweis des Künstlers auf die so genannten Werteverluste westlicher Gesellschaften und ihrer belanglosen, am oberflächlichen Konsum orientierten Lebensformen, in der auch eine Marienstatue mit Jesuskind in bestem Falle als touristische Attraktion herhalten muss?“ (www.quivid.de)

gegen die man verstoßen könnte, gibt es nicht mehr. Und da die Kunst als Medium sozialer und politischer Kritik gegenüber den vielen anderen Medien einen schweren Stand hat, hat sie sowohl an Sprengkraft als auch an sozialer Integrationskraft eingebüßt. Die selbstverordnete Enthaltensamkeit des Stadtrats ist letztlich auch ein Ausdruck dieses Bedeutungsverlusts (da können sich Politik und Kunst die Hand reichen): Die angestregten Provokationen der Gegenwartskunst lassen Politik und Öffentlichkeit meist kalt. Für die Kunst im öffentlichen Raum ist das (noch eine Analogie zur Politik) die Höchststrafe: Nichtbeachtung. Und das wird so bleiben – solange bis die kunstinteressierte Öffentlichkeit ihr Recht zurückfordert zu loben und zu tadeln. Ein öffentliches Amt darf da kein Hindernis sein.

Markus Viellvoye

WALD IN GEFAHR

In Bayern droht der Ausverkauf der Wälder

Der Freistaat will die Forstverwaltung reduzieren und durch schleichende Privatisierung die Waldbewirtschaftung rein betriebswirtschaftlich ausrichten. Auf der Strecke bleiben dabei die naturnahe Umgestaltung der vielen Monokulturen und die Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes. Das Volksbegehren „Aus Liebe zum Wald“ will das verhindern!

Die Bedeutung der Wälder nimmt angesichts der Klimaveränderung immer mehr zu. Die Wälder erfüllen wichtige Funktionen wie Boden- und Lawinenschutz, Trink- und Hochwasserschutz und Naturschutz für unser Klima. Das gilt vor allem für artenreiche und naturnahe Mischwälder. Erholungsfunktionen spielen in unserer hektischen Welt eine große Rolle. Gerade in den Großstädten geht die Beziehung zum Wald

jedoch immer mehr verloren. In München waren ca. 30 % der Kindergartenkinder noch nie im Wald - eine kindgerechte Waldpädagogik ist daher notwendig.

Alles dies ist durch die Forstreform in Gefahr! Bei der Betrachtung der einzelnen Maßnahmen wird klar, dass das Volksbegehren notwendig ist.

Schleichende Privatisierung

Der Staatswald soll nach der geplanten Forstreform von einer Anstalt des öffentlichen Rechts bewirtschaftet werden. Das klingt erst mal gut und nach Bürokratieabbau, der geplante Staatsbetrieb stünde aber unter dem Diktat der absoluten Gewinnorientierung. Welch katastrophale Auswirkungen eine Privatisierung hätte, zeigt sich bei der Österreichischen Bundesforste AG: Kahlschlag im Gebirge und verheeren-

de Verbisschäden in sanierungsbedürftigen Bergwäldern. Der Forstbetrieb verkommt zu einem reinen Holzeinschlags- und Immobilienbetrieb, der schönste Erholungslandschaften verkauft.

Nicht nur Waldschäden sind absehbar, auch die Gemeinwohlfunktionen wie Schutz und Erholung werden zurückgedrängt. Im neuen Gesetzentwurf werden sie zwar noch erwähnt, gelten aber nicht vorrangig und sind weder definiert noch finanziell gesichert. Die Erfüllung dieser Funktionen muss der Staatsforstbetrieb selbst erwirtschaften oder sie hängen zum Teil von immer knapper werdenden Förderprogrammen ab. Das Volksbegehren will dagegen die Gemeinwohlaufgaben des Waldes klar definieren und deren Erfüllung vorrangig und unabhängig von Einnahmen aus Holzverkauf und Nebennutzungen als eigenen Artikel im Waldgesetz festschreiben.

HIER KANN MAN SICH EINTRAGEN VOM 16.11. mit 29.11.2004

Bezirksinspektion Süd, Implerstr. 9, Zi. 465
 Bezirksinspektion 4, Destouchesstr. 87
 Bezirksinspektion 5, Kirchenstr. 9/II, Eingang Schloßstraße
 Bezirksinspektion West, Landsberger Str. 486, Bürgerzentrum Rathaus Pasing
 Bezirksinspektion 24, Josef-Frankl-Str. 55
 Bezirksinspektion 16, Frankenthaler Str. 5 – 9
 Bezirksinspektion 15, Truderinger Str. 288
 Bezirksinspektion 10, Hanauer Str. 91 a (Rückgebäude)
 Bezirksinspektion 11, Riesenfeldstr. 75
 Bezirksinspektion 12, Ohmstr. 11
 Bezirksinspektion 13, Friedenstr. 40 (Eingang Trausnitzstr.) Haus 2, Zi. 4.203
 Bezirksinspektion 14, Streitfeldstr. 23
 Wahlamt, Ruppertstr. 1, Zi. 3128
 und Stadtinformation im Rathaus am Marienplatz

Die Eintragungsstellen sind nicht stadtbezirksbezogen, also frei wählbar.

ÖFFNUNGSZEITEN

	Bezirksinspektionen/Wahlamt	Stadtinformation -Rathaus
Montag – Donnerstag	08.00 Uhr – 17.00 Uhr	10.00 Uhr – 20.00 Uhr
Freitag	07.00 Uhr – 12.00 Uhr	10.00 Uhr – 20.00 Uhr
Dienstag, 16.11.2004	08.00 Uhr – 18.30 Uhr	10.00 Uhr – 20.00 Uhr
Samstag, 20.11.2004		10.00 Uhr – 16.00 Uhr
Samstag, 27.11.2004	10.00 Uhr – 16.00 Uhr	10.00 Uhr – 16.00 Uhr
Sonntag, 28.11.2004	10.00 Uhr – 16.00 Uhr	10.00 Uhr – 16.00 Uhr
Montag, 29.11.2004	08.00 Uhr – 20.00 Uhr	08.00 Uhr – 20.00 Uhr

Mehr statt weniger Bürokratie

Aber auch die Bürokratie wird nicht abgebaut. Der Holzeinschlag wird von dem neuen Staatsforstbetrieb betrieben, die Hoheits- und Beratungsaufgaben von 47 Landwirtschaftsämtern. Die Forstämter vor Ort werden von 128 auf 35 reduziert. Das heißt, es werden unnötige doppelte Verwaltungsstrukturen geschaffen. Das Fachpersonal im Wald selber wird weiter reduziert. Unkundige Holzarbeiter mit Großmaschinen werden den Wald mehr und mehr beherrschen. Durch die Aufteilung der Kompetenzen auf die verschiedensten Ebenen entsteht eher mehr Bürokratie als weniger. Das Volksbegehren will dagegen die Forstämter zu Kompetenzzentren ausbauen und Bürokratie und Hierarchien abbauen.

Die betriebsbezogene Beratung soll künftig von den forstlichen Selbsthilfeeinrichtungen durchgeführt werden. Aber nur 20% der

bayrischen Waldbesitzer sind Mitglied in einer solchen Vereinigung. Der Personalüberhang bei der staatlichen Forstverwaltung soll zwar verstärkt den Waldbesitzervereinigungen zukommen. Allerdings muss das Personal dort vor allem unter betriebswirtschaftlichen Aspekten beraten. Beratung zur naturnahen Bewirtschaftung bleibt weitgehend auf der Strecke. Das Volksbegehren setzt dagegen auf unabhängige und dem Gemeinwohl verpflichtete Beratung.

Kommunen werden Zuschüsse gekürzt

Auch die staatliche Unterstützung für Körperschaftswald wird gekürzt. Betroffen sind davon vor allem kleinere Gemeindewälder, Stiftungs- und Kirchenwälder. Aber auch die LH Mün-

chen hat die Kürzung bislang gewährter Förderungen für eigenes Forstpersonal und für bestimmte waldbauliche Maßnahmen in einem Umfang von jährlich 50.000 € zu verkraften.

Nach Aussagen des Bund Naturschutz wird die jetzige Konzeption der Forstreform nur 500.000,-€ pro Jahr einsparen - Peanuts im Vergleich zu den Folgekosten, die dem Staat durch Katastrophen, Hochwasserschäden oder mögliche Trinkwasseraufbereitung entstehen könnten.

Durch den niedrigen Holzpreis fehlen dem Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten in den nächsten beiden Jahren 80 Mio. €. Ursache für das Betriebsdefizit sind die anfälligen Fichten Mono-Kulturen, die zu einem Überangebot an Holz und damit zum Preisverfall führten. Die geplante Zerschlagung der Forstverwaltung wird das Defizit noch erhöhen, so

Hubert Weiger vom Bund Naturschutz. Dass es auch anders geht, zeigt die Stadt München. Seit 2001 gleichen sich Einnahmen und Aufwendungen praktisch aus. Mit Mischwald, insbesondere mit Laubbäumen lassen sich bessere Erträge erzielen als mit Nadelholz (stabiler Bestände, weniger Bruchholz). Trotz fallender Holzpreise konnte das Ergebnis konstant gehalten werden; im Wesentlichen durch eine höhere Einschlagsmenge.

Da Finanzminister Falthausen bisher nicht bereit war, dem Forstministerium mehr Geld zur Verfügung zu stellen, wird der Druck auf den neuen Staatsforstbetrieb steigen, schnell gewinnbringend zu arbeiten. Und das wird dem Wald sicher nicht guttun.

Sabine Krieger

ZUWANDERUNGSGESETZ - EINE CHANCE FÜR ZUWANDERER?

Am 01.01.2005 tritt das lang ersehnte und umstrittene Zuwanderungsgesetz in Kraft. Wurde die Zuwanderung von Arbeitskräften bislang grundsätzlich als unerwünscht betrachtet, erfährt diese überkommene und bereits vielfach ad absurdum geführte Sichtweise hier endlich eine Veränderung.

Zuwanderung orientiert sich zukünftig am deutschen Arbeitsmarkt und wird damit in bestimmten Fällen sogar als erwünscht angesehen. Zuwanderung wird ab dem 01.01.2005 für Hochqualifizierte und ihre Familien möglich sein, für Selbständige die mindestens 1 Mio. Euro investieren und 10 neue Arbeitsplätze schaffen, für Studenten, die nach erfolgreichem Studienabschluss zur Arbeitsplatzsuche ein Jahr bleiben dürfen, und für Ehegattennachzügler weiterhin wie bisher. Der Anwerbestopp für Nicht- und Geringqualifizierte bleibt bestehen. Grundsätzlich gilt dies auch für Qualifizierte, wobei Ausnahmen für bestimmte Berufsgruppen vorgesehen sind.

Zuwanderung aus humanitären Gründen ist zukünftig auch bei nichtstaatli-

cher und geschlechtsspezifischer Verfolgung möglich. Weiterhin kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn die Abschiebung seit mindestens 18 Monaten aufgrund von Abschiebehindernissen ausgesetzt wurde. Dies hilft, die berüchtigten „Kettenduldungen“ zu vermeiden und erspart allen Beteiligten immensen Verwaltungsaufwand.

Zudem darf die oberste Landesbehörde auf Ersuchen einer von der Landesregierung eingerichteten Härtefallkommission anordnen, dass einem vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Die Einrichtung einer Härtefallkommission ist nicht verpflichtend sondern liegt leider nur im Ermessen der Länder. Es wäre sehr zu befürworten, wenn Bayern diese Möglichkeit wahrnehmen würde.

Ein Neu-Zuwanderer muß ab dem 01.01.2005 seine Integrationsbereitschaft zeigen. Er muß *erfolgreich* an den Integrationskursen, die sich aus Sprach- und Orientierungskursen zusammensetzen, teilnehmen. Besonders der Aspekt der Alphabetisierung darf im Zusammenhang mit den Integrationskursen nicht vergessen werden.

Die Forderung, Sprachkompetenz zu erlangen, ist ein sehr zu befürwortender Bestandteil des Zuwanderungsgesetzes. Um jedoch das Instrument der sprachlichen Förderung gezielt und wirkungsvoll einsetzen zu können, müssen Kriterien festgelegt werden, die es einerseits dem Mitarbeiter der jeweiligen Sprachkurse ermöglichen, für den einzelnen Zuwanderer ein möglichst optimales Förderprogramm zu finden. Andererseits muss für den Zuwanderer Klarheit hinsichtlich der Anforderungen, des Angebots und der Konsequenzen bestehen, sollten die geforderten Ziele nicht erreicht werden.

Wichtig ist hierbei auch, dass gerade diejenigen Zuwanderer, die aufgrund des Ehegattennachzuges nach Deutschland kamen, und die nun aufgrund der Länge ihres Aufenthaltes keinen rechtmäßigen Anspruch auf einen Sprachkurs bzw. Integrationskurs haben, bei verfügbaren Plätzen in den Genuss der Sprachkurse - insbesondere der Sprachkurse mit Kinderbetreuung - kommen müssen.

Gerade in diesem Zusammenhang ist die Frage noch offen, ob in Zukunft die äußerst erfolgreichen Deutschkurse für Mütter an Schulen weiterhin durchge-



Sedef Özakin, hier beim Richtfest der Schrannehalle Mitte Oktober.

führt werden können. Offen ist auch der Erhalt der Träger von Sprachkursen, die seit vielen Jahren erfolgreiche Integrationsarbeit leisten und mit denen die Stadt München über Jahre sehr gute Erfahrungen gemacht hat. Fest steht jedoch, dass eine Vielzahl organisatorischer Probleme zwischen Kommune, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Kursträgern zu lösen sind. Zu vielen Fragen gibt es noch keine Antwort. So z.B. zur Wahlfreiheit der Kursteilnehmer, zur Quali-

tät der Kurse, zu Höhe und Einbehalt der Teilnehmergebühren, zu den Kinderbetreuungskosten und vielem mehr. Neben den Sprachkursen bildet die Orientierung einen wichtigen Inhalt der Integrationskurse. Ziel der Orientierungskurse ist es, Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte Deutschlands zu vermitteln. Konkrete Richtlinien zur Ausgestaltung existieren zwar noch nicht, fest steht aber, dass neben den oben erwähnten Kenntnissen die Orientierung hinsichtlich der Lebensumstände auf kommunaler Ebene von immenser Bedeutung ist. Dies wurde durch das Pilotprojekt „Orientierung in

München“ bereits eindrucksvoll belegt. Inwieweit Erkenntnisse dieser Studie letztlich in die Lerninhalte der Orientierungskurse einfließen werden, ist noch nicht geklärt.

Zusammen mit Sigi Benker habe ich ein Antragspaket an die Stadt gerichtet, das eine möglichst schnelle Klärung der offenen Fragen anstrebt um damit für die Zuwanderer Rechtssicherheit herzustellen.

Neben den vielen offenen Fragen steht

die Realisierung der gesetzlichen Vorgaben im Vordergrund. Gerade im Gesetzesvollzug ist es wichtig, dass das ausführende Organ, sprich das Kreisverwaltungsreferat, Austausch und Zusammenarbeit mit Verbänden, Trägern und Institutionen sucht, die seit Jahrzehnten eine erfolgreiche Integrationsarbeit leisten. Insbesondere die „Stelle für interkulturelle Arbeit“ die Ansprech- und Koordinierungspartner der Stadt München für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist, kann eine wichtige Rolle bei der Koordination der Integrationsangebote übernehmen. Zumal dieser Stelle auch zukünftig eine tragende Rolle bei der Entwicklung eines bundesweiten Integrationsprogramms zukommen wird.

Das Gesetz wird in der Realität viele Schwachpunkte, Schwierigkeiten und Hürden aufweisen sowie Klagen von Betroffenen hervorrufen. Dennoch wird es eine tiefgehende Veränderung bewirken, wenn man zukünftig nicht mehr vom Ausländergesetz sondern vom Zuwanderungsgesetz spricht. Ich hoffe, dass die Auswirkungen dieses Gesetzes genauso positiv sein werden wie sein Name.

Sedef Özakin

ARMUT IST WEIBLICH

Eine kurze Bestandsaufnahme

Das Thema „Armut und Frauen“ ist nicht neu und hat heute immer noch eine hohe Brisanz - auch wenn es in den letzten 20-30 Jahren durchaus positive Veränderungen gegeben hat. Entsprechend gibt es eine Menge Literatur und Zahlen zu dem Thema. Hier soll allerdings nur ein kurzer Blick auf die aktuelle Situation und ihre Rahmenbedingungen geworfen werden.

Wenn es um das Thema Armut geht, in München, Deutschland, Europa oder weltweit, sticht insbesondere die Situation von Frauen heraus. Frauen sind generell stärker von Armut und Armutsrisiken getroffen. Die Gründe dafür sind generell darin zu sehen, dass zum ei-

nen die Beschäftigungsquote und die Entlohnung bei Frauen niedriger ist, die Abhängigkeitsverhältnisse aber größer sind, dass Frauen weniger in sozialen Systemen abgesichert sind, die Familienarbeit zu wenig entlohnt wird, dass Familie und Beruf noch immer schlecht vereinbar sind und zuletzt die Rentenbezüge geringer sind. Darüber hinaus finden sich weltweit Länder, in denen die Arbeitsplätze vorrangig Männern zur Verfügung stehen und die Lohnarbeit von Frauen verboten ist. Dagegen ist in der ehrenamtliche Arbeit der Anteil der Frauen sehr hoch.

Frauen haben kaum oder weniger Zugang zu Bildung, was die Analphabetenrate eindrucksvoll belegt: weltweit sind 60 % der Analphabeten weiblich. Sind Frauen erst einmal unter die Ar-

mutsschwelle gefallen, wird ihnen der Zugang zu entscheidenden Ressourcen wie Krediten und Grundbesitz verwehrt.

Wenn im Rahmen der Globalisierung die Wirtschaft eines Landes in das Konzert der internationalen Systeme integriert wird, hat dies oft den Nebeneffekt, dass weniger Geld in soziale Programme investiert wird. Aufgefangen wird dies nicht selten von den Familien und hierbei vorwiegend von den Frauen.

Die von der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 verabschiedete Aktionsplattform nennt die Beseitigung der anhaltenden und weiter wachsenden Belastung von Frauen als einen entscheidenden Problembereich und fordert Politik und Gesellschaft auf, Maßnahmen zu

ergreifen. Die UNO griff das Thema 1996 auf und schlug vor, alle politischen Maßnahmen und Programme zur Armutsbekämpfung geschlechtsbezogen zu orientieren.

Armut im Wandel

Die Armutsverteilung in Deutschland hat aber gerade in den letzten Jahrzehnten einen Wandel erfahren. Früher waren häufig Frauen und ältere Menschen von Armut betroffen. Noch 1963 bezogen fast doppelt so viele Frauen Sozialhilfe wie Männer, 1995 bezogen Frauen zu 3,4 % Sozialhilfe, Männer zu 2,7 %. Heute sind bei der Armutsverteilung die Alleinerziehenden am stärksten betroffen. Waren 1963 noch doppelt so viele Alleinerziehende arm wie der Bevölkerungsdurchschnitt, ist die Armutsquote bei Alleinerziehenden immens gestiegen, sie hat sich verdreifacht. Alleinerziehende sind zu 85 % weiblich.

2001 waren 26,5 Prozent der Personen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, Alleinerziehende. Die Armutsrisikogrenze lag 2001 bei 716 €, das entsprach 60% des durchschnittlichen Einkommens (Nationaler Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung).

Auch Altersarmut ist weiblich

Neben dem Armutsrisiko „alleinerziehend“ betrifft auch die Altersarmut verstärkt Frauen. So hat der nationale Aktionsplan errechnet, dass bei drei Viertel der 30-59 jährigen Frauen in Deutschland die Einkommen im Alter nicht ausreichen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: geringere Rentenansprüche durch niedrige Erwerbseinkommen, kürzere Versicherungszeiten (Babypause, Halbtagsstätigkeiten, Minijobs).

Die Situation in München stellt sich nicht anders dar: Die Fortschreibung des Armutsberichtes von 2002 hat ergeben, dass 156.775 Personen in Armut leben, das entspricht einer Armutsdichte von 116 pro 1000 EinwohnerInnen, 2000 waren es 111 pro 1000 EinwohnerInnen. Besonders auffallend ist der Anteil von Kindern und MigrantInnen: 72 von 1000 Kinder benötigen Hilfe zum Lebensunterhalt, bei MigrantInnen sind es 136 von 1000.

Darüber hinaus ist jede bzw. jeder fünfte Alleinerziehende zur finanziellen Existenzsicherung auf Sozialhilfe angewiesen.

Das größte Armutsrisiko ist nach wie vor die Arbeitslosigkeit, die auch in München ca. 70.000 Menschen betrifft. Dabei lässt sich in der Verteilung zwischen Frauen und Männern eine Veränderung feststellen. Noch in den 80er Jahren waren Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. 58% der Arbeitslosen waren Frauen, der Anteil der beschäftigten Frauen lag bei 42%. Ende der 90er Jahre reduzierte sich der Anteil der arbeitslosen Frauen auf ca. 26-28%. Unsicher ist, ob der Rückgang auch damit zusammenhängt, dass Frauen verstärkt in die „stille Reserve“ (Hausarbeit) abgewandert sind. Auch wenn die aktuelle Reformpolitik nicht direkt als Armutsrisiko bezeichnet werden kann, so haben die Reformen doch negative Auswirkungen auf die soziale Situation von Menschen, und auch hier macht ein Blick auf die Gesundheits- und Arbeitsmarktreformen schnell deutlich, dass Frauen davon in stärkerem Maße getroffen werden. Dazu seien nur einige Beispiele genannt: Die Zuzahlungen bei Medikamenten und die Praxisgebühr sind für diejenigen eine Härte, die ohnehin schon durch niedrige Renten, niedrigere Einkommen oder durch die Belastung als Alleinerziehende benachteiligt sind.

Ähnlich verhält es sich bei den zur Zeit umstrittenen Arbeitsmarktreformen, insbesondere Hartz IV. Die Anrechnung des Partnereinkommens bei der Gewährung von Arbeitslosengeld II führt dazu, dass insbesondere Frauen bei Arbeitslosigkeit zu sogenannten Nichtleistungsbeziehungen werden und sie damit in eine Abhängigkeit zum Partner geschickt werden. Diese Regelung entspricht nicht langjährig praktizierter grüner Politik, Frauen ein eigenständiges Leben und eigenständiges Einkommen zu sichern. Folge für die betroffenen Frauen ist auch, dass sich ihre Lücken in der Rentenbiografie verstärken, da sie keine eigenen Sozialversicherungsansprüche mehr haben.

Darüber hinaus ist nicht klar, ob Nichtleistungsbeziehungen Anspruch und Zugang auf aktivierende Maßnahmen (Fördermaßnahmen in den Arbeitsmarkt) wie LeistungsbezieherInnen haben. Insgesamt lässt sich feststellen,

dass Gleichstellungspolitik und gerechte Verteilung von Ressourcen in Zeiten knapper Haushaltskassen unberücksichtigt bleiben und Frauen nach wie vor von „Reformen“ in stärkerem Maße benachteiligt sind.

Lydia Dietrich

Wie weiter mit der City-Maut?

Im Moment zeichnet sich im Rathaus bedauerlicherweise keine Mehrheit dafür ab, den Vorschlag der Grünen zur Einführung einer City-Maut ernsthaft zu prüfen. Im Gegenteil: Die SPD scheint das Thema dazu benutzen zu wollen, der Öffentlichkeit mal wieder zu demonstrieren, was für autofeindliche Spinner die Grünen sind. Von der CSU ist ohnehin nichts zu erwarten.

Kritiker der City-Maut können mit einem gewissen Recht geltend machen, dass es bisher keine bundesgesetzliche Grundlage gibt. Allerdings müssten zunächst einmal einige (möglichst große) Städte den politischen Willen artikulieren, dieses Instrument zur Verkehrsreduzierung und zur Verbesserung der Luftqualität einzusetzen. Aus eigenem Antrieb wird der Gesetzgeber nicht tätig werden.

Interessant wird die City-Maut wieder, wenn sich in den nächsten Jahren herausstellt, dass der reichlich zurückhaltend formulierte Lutrainhalteplan, der einfach an der überkommenen Verkehrspolitik festhält, ungeeignet ist, um die neuen Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid einzuhalten. Man wird abwarten müssen, wie die Sozialdemokraten sich dann ihrer Verantwortung für die schlechte Luft stellen werden.

Einstweilen werden die Grünen beantragen, in einer Machbarkeitsstudie die Chancen und Voraussetzungen für die City Maut abzuklären und gleichzeitig damit fortfahren, ihre Bundestagsfraktion auf das Thema einzustimmen. Ein Antrag an die Landesversammlung ist geplant.

Markus Viellvoye

NEIN ZUM BÜRGERBEGEHREN GEGEN HOCHHÄUSER AM 21. 11. 2004

Der Stadtrat hat die Bürgerinnen und Bürger Münches aufgerufen, das Bürgerbegehren „Initiative – Unser München“ abzulehnen. Auch die Grün-rosa Fraktion empfiehlt, bei der Abstimmung am 21. November ein „Nein“.

Entscheidungen über die Höhe eines Bauwerks müssen sich am einzelnen Standort orientieren. Das Bürgerbegehren reduziert die komplexen Fragestellungen von Planungsgebiet, Investorenrechten, Stadtplanung und Ökologie auf eine einzige: Die Höhe. Eine generelle Höhenmarke für alle Standorte kann nicht richtig sein. Jeder Standort muss differenziert diskutiert werden, so wie das in München seit

der Hochhausstudie von 1977 geschieht. Das Anti-Hochhausbegehren ist deswegen ein Angriff auf die Vielfalt in der Stadtplanung.

Die vom Anti-Hochhausbegehren geschürte Angst, es würden beliebige Standorte für Hochhäuser gewählt, hat keine faktische Grundlage. Jeder Standort unterliegt einer langjährigen Untersuchung. In der Stadtentwicklung wird kaum etwas so heftig diskutiert wie jedes einzelne Hochhaus.

München liegt bei Fön vor den Alpen und das ist schön so. Aber München ist eine Millionenstadt und kein Luftkurort. Die Alpensilhouette gänzlich freizuhalten ist für eine Millionenstadt nicht von allen Standorten aus möglich.

Selbstverständlich müssen die Altsilhouette und die historischen Stadtviertel und Ensembles weiterhin geschützt werden. Niemand will etwas anderes. Anders als in den sechziger und siebziger Jahren unter den damaligen OBs Vogel und Kronawitter würde heute niemand mehr stadtplanerische Barbareien wie den Erweiterungsbau des Europäischen Patentamtes, die Hochhäuser am Hauptbahnhof oder den Kaufhof am Marienplatz genehmigen.

Die Frage der Hochhäuser am Birketweg wurde von den Grünen schon zu einem Zeitpunkt beantwortet, als das Bürgerbegehren gerade erst im Entstehen war: Die Blickbeziehungen vom Nymphenburger Rondell aus sollten nicht beeinträchtigt werden. Die jetzigen Planungen, die eine Erweiterung des Hirschgartens bei städtebaulichen Höhen von bis zu 60 Meter ermöglichen, geben uns recht.

Georg Kronawitter ist ein großer Vereinfacher. Aber das komplizierte Zusammenspiel von Tradition und Moderne in einer Großstadt verträgt keine simplen Antworten. Hochhäuser in einer Metropole bedingungslos abzulehnen ist genauso falsch wie sie bedingungslos zu befürworten. Es sei hier an ein Zitat des Stadtplaners Jenßen erinnert (der den ersten Stadtentwicklungsplan 1963 verfasst hat): „München soll von der Vergangenheit, aber nicht in der Vergangenheit leben.“

Siegfried Benker

GRÜNE ANLAUFSTELLEN:

Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste

Tel.: (089) 233 92 620

Fax: 089 233 92 684

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Fraktionsvorsitzende:

Siegfried Benker

Lydia Dietrich

Grünes Stadtbüro:

(täglich von 15-18 Uhr)

Sendlingerstr. 47, 80331 München

Tel.: 201 44 88

Fax: 202 18 14

stadtbuero@gruene-muenchen.de

www.gruenemuenchen.de

Mitarbeiterinnen:

Annette Louis

Liane Rohen

Petra Tuttas

Stadtvorsitzende:

Anja Högl

anjamail2003@yahoo.de

Dr. Florian Roth

DrFlorianRoth@aol.com

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder

Tel. 233 92 482

Büroleitung:

Stefan Scholer

www.hep-monatzeder.de

Grüne Jugend München:

Tel.: 089-21159720

Johannes Dafinger

johannes@gjm.de

www.gjm.de

Inhaber und Verleger:
Stadtratsfraktion Bündnis 90/
Die Grünen-rosa liste

Marienplatz 8
80331 München

Redaktion:

Markus Viellvoye (verantwortl.)
Stefan Scholer, Alexandra Weiß, Tassia
Fouki, Sabine Beck.

Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner Grünen
kostenlos.

Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit
9 Euro, Einzelpreis 1, 50 Euro.

Druck:

Ulenspiegel Druck und Verlag
Besenstraße 4
82346 Andechs

Konzeption: Bernd Haak
Titellogo: Barbara Rueff

Fotos: Seite 1; 2; 4; 8; 11: Städt. Baureferat München;
S. 7: Städt. Kulturreferat München;
S. 14: M. Viellvoye.